

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

ersch. wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 10 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Kasper, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Röllischen Park 2. Telefon: Moritzplatz 147 19, 147 20.

Inserate: Die sechsgespaltene Nonpareilzeile über deren Raum 1,50 Mark, Arbeitervermittlungen 75 Pfennig. Verbandsangelegenheiten 50 Pfennig pro Zeile.

## Arbeit und höhere Unterstützung für die Arbeitslosen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in seiner Ausschussung am 9. Juli in Düsseldorf erneut mit den Maßnahmen gegen die große Arbeitslosigkeit beschäftigt. Von gewisser Seite wird den Gewerkschaften der schwere Vorwurf gemacht, sie tun nichts gegen die Notlage des arbeitenden Volkes. Dabei wissen jene Herrschaften sehr gut, daß die Gewerkschaften unausgesprochen tätig sind, alles zu tun, was in ihrer Kraft und Macht liegt. Mit „revolutionären“ Redensarten und kindischen Parolen ist der Arbeiter nicht zu erschrecken. Die Arbeitslosigkeit ist die Folge der falschen, volksfeindlichen Wirtschaftspolitik. Auf diese Tatsache haben die Gewerkschaften immer wieder hingewiesen. Ihre Mahnungen und Vorschläge blieben aber unbeachtet. Die Reichsregierung betrieb die Wirtschaftspolitik, die von den Unternehmern gewünscht wurde. Die Dinge sind dann so gelaufen, wie sie laufen mußten. Das Arbeitslosenheer ist auf 4 Millionen angewachsen. Furchtbar sind die Folgen für Gesellschaft und Staat. Nun, wo es fast zu spät ist, besinnen sich Reichstag und Reichsregierung auf ihre Pflicht. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichstages ist ein erfolgversprechender Anfang. Den Arbeitslosen wird am besten geholfen durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten. Das Reichstagsprogramm berücksichtigt die meisten von den Gewerkschaften in dieser Hinsicht gestellten Forderungen. Nun gilt es, das Arbeitsbeschaffungsprogramm so rasch wie möglich praktisch zu verwirklichen.

### Der Reichswirtschaftsminister über die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

An der Gewerkschaftstagung in Düsseldorf nahm der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius teil. Wenn seine Rede nicht nur Worte waren, dann darf man die erfreuliche Feststellung machen, daß die Reichsregierung zu den Forderungen der Gewerkschaften heute eine andere Stellung einnimmt als bisher. Der Reichswirtschaftsminister führte u. a. aus:

„Die gewaltige Arbeitslosigkeit ist eins der wichtigsten Probleme der gegenwärtigen Krise, das die verantwortungsvollste Beachtung der Reichswirtschaftspolitik erfordert. Die Reichsregierung hat daher in Fortsetzung und Erweiterung der bisherigen Maßnahmen einen umfassenden Plan aufgestellt, um angesichts der außerordentlichen Notlage neue und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die sich noch in diesem Jahr auf dem Arbeitsmarkt auswirken sollen. Um alle bürokratischen Hemmnisse bei der Durchführung des von der Reichsregierung festgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms zu beseitigen, hat die Reichsregierung einen mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Ministerialausschuß eingesetzt, der die Durchführung dieses Programms in enger Fühlung mit den Landesregierungen gewährleistet.“

Die Regierungsmassnahmen zur Stützung des Arbeitsmarktes und zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten lassen sich in fünf Gruppen teilen. Zunächst galt es naturgemäß, die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge nach dem Einsetzen der Krise wesentlich zu erweitern und auszugestalten. Ferner wurde versucht, aus diese Maßnahmen bilden die zweite Gruppe, durch beschleunigte und erweiterte Gewährung öffentlicher Aufträge wenigstens einzelnen Industrien in gewissem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen. Die Maßnahmen der dritten Gruppe umfassen die Hinabgabe von öffentlichen Mitteln an einzelne private Unternehmungen zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe, während es sich bei den Maßnahmen der vierten Gruppe um die Gewährung von Krediten aus öffentlicher Hand an bestimmte Wirtschaftszweige handelt. Die Maßnahmen der fünften Gruppe schließlich entspringen nicht nur der gegenwärtigen Krise, sie sind vielmehr auf längere Sicht gestellt worden. Sie sollen zum Beispiel den Auslandsabsatz der Deutschen Industrie zu heben suchen, neue Kreditmöglichkeiten erzielen und durch Senkung der Produktionskosten in Richtung der Erleichterung der Wirtschaftslage wirken.

Zu den Krisen, die von der Krise besonders hart betroffen werden, gehört vor allem das große Heer der Arbeitslosen. Nachdem die von mir genannten Aufträge zum Teil vergeben und durchgeführt worden sind — die bisherigen Eisenbahnaufträge werden die Wertschöpfung nur noch bis Ende des Monats beschäftigen können —, müssen neue Mittel und Wege gefunden werden, um Arbeit zu beschaffen. Der Winter bringt uns an sich schon steigende Erwerbslosenziffern. Diese Erwägungen haben zur beschleunigten Aufstellung des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms geführt. Die Reichsregierung geht davon aus, daß bei der lang andauernden Arbeitslosigkeit, die selbst bei einer neuen wirtschaftlichen Belebung noch keine erhebliche Abschwächung erfahren dürfte, nicht mit einer neuen Erwerbslosenunterstützung auszukommen ist. Nicht in soziale, sondern in wirtschaftliche Momente müssen es not-

wendig, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die wenigstens einem Teil der freigesetzten Arbeitskräfte zeitweilige Beschäftigung geben können. Das Regierungsprogramm geht daher zunächst auf die Vorschläge des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages ein. Außer diesen neuen Mitteln hat sich das Reichsfinanzministerium bereit gefunden, weitere 80 Millionen der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum Wohnungsbau für landwirtschaftliche Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Man hofft, mit dieser Summe, wenn der gleiche Betrag von den Ländern erbracht wird, 10 000 neue Wohnungen schaffen zu können.

Schwieriger gestalten sich die Verhandlungen über neue Mittel, die dem Wohnungsmarkt zuzuführen sind. Der preussische Wohlfahrtsminister teilte uns in den letzten Tagen mit, daß für Preußen — bei den anderen Ländern liegt es anders — die Stöckung des Wohnungsbaues nicht auf den Mangel an ersttilligen Hypotheken zurückzuführen sei, sondern auf die Schwierigkeit, die zweite Hypothek zu beschaffen. Es müssen deshalb zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau aufgebracht werden. Die Reichsregierung hat bereits auch für diese Zwecke mit den Ländern zusammen neue Mittel bereitgestellt. Es darf erwartet werden, daß die Bautätigkeit in der zweiten Hälfte der Bauperiode in stärkerem Maße als bisher einsetzt.

Die Verhandlungen mit den Ländern über die Weiterführung des Mittelkanals sollen von dem Reichsverkehrsministerium beschleunigt aufgenommen werden. Es sollen die Arbeiten an der Hauptstrecke des Mittelkanals zwischen Magdeburg und Peine sofort, also noch in diesem Jahre, aufgenommen werden.

Von der Reichsbahn werden die Linien fertiggestellt werden, deren Bau die Länder begonnen hatten, und deren Beendigung durch das Reich auf Grund des Staatsvertrages über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich von den Ländern verlangt wird. Es handelt sich bei diesem Eisenbahnprogramm um rund 280 Kilometer Gleis, um Tunnelbauten, Schienenverlegungen sowie Hochbauten. Die neuen Aufträge treffen vor allen Dingen die Eisenindustrie, die Holzindustrie und die Steinindustrie. Bei den vorgesehenen Brückenbauten, Bahnhofserweiterungen, Werkstättenanlagen und Wohnbauten wird die Bauindustrie Aufträge erhalten. Auf die Zustimmung des Verwaltungsrates darf wohl bestimmt gerechnet werden.

### Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeiter innerhalb ihres Berufs.

Bei der Durchführung des gesamten Bauprogramms wird versucht werden, im Rahmen der verfügbaren Mittel und der technischen Möglichkeiten besonders den Arbeitsmarkt durch Umstellungen in der zeitlichen Vergebung der Aufträge zu berücksichtigen, d. h. notleidenden Industrien beschleunigt Aufträge zuzuwenden zu lassen und Bezirke mit besonders großer Arbeitslosigkeit bei der Vergabung der Arbeiten in erster Linie zu berücksichtigen. Bei diesem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm handelt es sich also nicht nur darum, durch vermehrte Notstandsarbeiten Erwerbslosen auch außerhalb ihres gelernten Berufes vorübergehende Beschäftigung zu geben, sondern vor allem um die Beschaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeiter innerhalb ihres gelernten Berufes und für längere Zeit. Die Grundlage für die Durchführung dieses großen Arbeitsbeschaffungsplanes ist aber nur dadurch gegeben, daß sich das Reich oder die beteiligten Verwaltungen für diese werdenden Anlagen an den Anlagemarkt wenden können. Noch vor einem halben Jahr konnte dieser Weg nicht oder nur mit Gefahren für die Wirtschaft beschritten werden. Heute glaubt es die Reichsregierung verantworten zu können.“

Die Durchführung der geplanten Regierungsmassnahmen gegen die Arbeitslosigkeit bedeutet nicht die Lösung der furchtbaren Arbeitskrise. Aber sie mildert diese. Werden die vorgeschlagenen Arbeiten in Angriff genommen, so erhalten einige hunderttausende Arbeitslose wieder Beschäftigung. Für die übrigen muß in Zukunft besser gesorgt werden als bisher. Das kommt auch in der angenommenen Entschliessung des Bundesausschusses zum Ausdruck, die folgenden Wortlaut hat:

### Forderungen der Gewerkschaften.

In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft noch auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizugehenden umfassende Gegenmassnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausserordentliche Schutzmassnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert.

Trotz dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirklich entscheidende Massnahmen getroffen worden, um die Arbeitsgelegenheiten in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fühlbar zu vermehren.

Das mangelhafte System der einheitlichen Unterstützungsfürsorge wird bis zur Einführung eines Versicherungssystems nicht entbehrt werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine Erhöhung der Unterstützungsfürsorge ebenso sehr aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden. Weiter ist zu fordern die Abschaffung der auch nach Auslage zuständiger amtlicher Stellen nicht mehr haltbaren Bedürftigkeitsprüfung, ferner eine Unterstützung der Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Ausdehnung der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Erwerbslosenfürsorge für die Behebung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstag in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm aufgestellte Programm für die Durchführung werteschaffender Arbeiten entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen.

Unbedingt muß jetzt aber erwartet werden, daß der ernsthafteste Wille zur Verwirklichung dieser Pläne bald durch die Tat bekundet wird. Hierzu werden eine großzügige Finanzierung, nötigenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten, sowie eine entschlossene Beseitigung der Widerstände und Kompetenzstreitigkeiten in der Verwaltung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden ihrerseits nicht ablassen, mit allen Mitteln auf die sofortige Inangriffnahme dieser wichtigen Aufgaben der Gegenwart hinzuwirken.

Die Gewerkschaftsforderungen klingen nicht revolutionär, aber sie sind von großer praktischer Bedeutung. Werden die geplanten Arbeiten mit der erforderlichen Eile und Tatkraft in Angriff genommen, so wird eine fühlbare Belebung der ganzen Wirtschaft eintreten. Daß die Reichsregierung sich jetzt entschließt, Massnahmen gegen die große Arbeitslosigkeit zu treffen, ist ein Erfolg der Gewerkschaften. Sie sind unangenehm für die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten eingetreten, und sie werden nun auch dafür sorgen, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm restlos durchgeführt wird. Von der Arbeiterschaft muß gefordert werden, daß sie sich nicht hinter die Gewerkschaften stellt. Je stärker diese sind, um so größer ist ihre Macht im Kampfe für eine bessere Zukunft.

## Die Überwindung der Kapitalkrise.

Deutscher und internationaler Kapitalmarkt Mitte 1926.

Die deutsche Wirtschaftskrise ist nicht nur eine Absatzkrise und als solche eine Folge des Abnehmens der Kaufkraft der Bevölkerung, sondern sie ist auch eine Kapitalkrise. Der deutschen Wirtschaft mangelt es an Betriebskapital, das sowohl zur normalen Produktion wie zur Erweiterung derselben notwendig ist. Solange dieser Mangel an Betriebskapital nicht beseitigt ist, kann auch keine Rede von der Überwindung der Wirtschaftskrise sein. Das Betriebskapital muß nun zum großen Teil aus den Ersparnissen des Volkes selbst stammen. Die Erhöhung der Sparkraft der Bevölkerung ist aber unzertrennlich verknüpft mit der Erhöhung des Verdienstes, des Arbeitslohnes. Letzten Endes ist also die gegenwärtige Kapitalkrise nur eine andere Seite der Absatzkrise.

Der Deutsche Kapitalmarkt zeigte während des ersten Halbjahres 1926 eine große Flüssigkeit. Das erhofft man schon daraus, daß die privaten Sinsen für Kapitalverleihung einen bedeutenden Abbau erfahren haben. Monatsgeld kostete im Juni 1925 10,68 Prozent, im Juni 1926 aber nur noch 5,75 Prozent; tägliches Geld: im Juni 1925 8,75 Prozent, im Juni 1926 4,72 Prozent. Der Diskontsatz der Reichsbank folgte dieser Entwicklung, er wurde im Laufe dieses Halbjahres dreimal herabgesetzt, von 9 Prozent im Januar 1926 auf 6,5 Prozent ab 7. Juni 1926. Ausschlaggebend für die Entspannung des deutschen Kapitalmarktes sind drei Faktoren gewesen: Die andauernde Wirtschaftskrise, die viele Kapitalien von einer Beschäftigung in der Industrie ablenkte; das steigende Maß der Sparfähigkeit und der Zuflus des ausländischen Kapitals. Der Einlagebestand in den deutschen Sparkassen hat sich im Laufe der ersten vier Monate 1926 von 2726,2 Millionen Reichsmark auf 3188,9 Millionen Reichsmark (Spar- und Giro Guthaben) erhöht. Für

kolossale Vernichtung des deutschen Kapitals während der Kriega- und Inflationszeit zeigt schon die Tatsache, daß im Jahre 1913 der Bestand an Spar- und Giroeinlagen rund 19,7 Milliarden betragen hat. Allerdings ist auch das gegenwärtige Tempo der Wiederherstellung des Sparkapitals trotz der Wirtschaftskrise und der ungeheuren Arbeitslosigkeit ein gewaltiges. Nach der Schätzung der Reichskreditgesellschaft hat der Kapitalstrom zu den deutschen Sparkassen im ersten Halbjahr 1926 960 Millionen Reichsmark betragen, was also für das ganze Jahr etwa 1900 Millionen ausmachen würde. Im Jahre 1925 hat dieser Kapitalstrom 1100 Millionen Reichsmark betragen und im Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1913 lediglich 917 Millionen Reichsmark. Man kann daraus auf die große Elastizität und Lebenskraft der deutschen Wirtschaft schließen. Die innere Kapitalanhäufung bleibt aber bei weitem hinter der Beanspruchung des inneren Kapitalmarktes durch die Wirtschaft zurück. So sind im ersten Halbjahr 1926 etwa 1560 Millionen Reichsmark an Wertpapieren herausgegeben worden. Für diese Summe ist also neues Kapital von der Wirtschaft verlangt worden, während in derselben Zeitspanne der Zustrom des Sparkapitals — wie wir eben gesehen haben — bloß 960 Millionen Reichsmark betragen hat. Dieser Ausfall mußte irgendwie gedeckt werden, und da wäre ohne die Unterstützung des ausländischen Kapitals eine sehr empfindliche Lücke entstanden.

Trotz der immer weiter fortschreitenden Verschuldung der deutschen Kapitalwirtschaft ist doch noch immer eine starke Abhängigkeit von den ausländischen Kapitalmärkten festzustellen. Sogar in der ersten Hälfte des Jahres 1926 hält sich, trotz der bedeutenden Konsolidierung des deutschen Kapitalmarktes, der Zustrom des ausländischen und inländischen Kapitals zu der deutschen Wirtschaft ungefähr die Wage. Nach einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ sind im Laufe der ersten fünf Monate des laufenden Jahres 650,16 Millionen Reichsmark an inländischen Anleihen und 639,66 Millionen Reichsmark an ausländischen Anleihen aufgenommen worden. Die Gesamtverschuldung Deutschlands an das private Auslandskapital vor dem 1. Januar 1925 ist auf 1,6 Milliarden Reichsmark zu schätzen. Im Jahre 1925 sind für 2358 Millionen Reichsmark ausländische Anleihen aufgenommen worden, im 1. Halbjahr 1926 für 894 Millionen Reichsmark. Im ganzen kann man also die gegenwärtige private Verschuldung der deutschen Wirtschaft auf 3,9 Milliarden Reichsmark ansetzen. Die Verzinsung dieser Summe beträgt gegenwärtig durchschnittlich 7,16 Prozent. Das stellt einen bedeutenden Rückgang der Verzinsung gegenüber dem ersten Halbjahr dar, wo diese durchschnittlich etwa 7,75 Prozent betragen hat. Diese Ermäßigung der Zinsen ist sowohl auf die Befestigung des Kredits der deutschen Wirtschaft als auch auf die große Flüssigkeit der ausländischen Kapitalmärkte zurückzuführen. Der ausländische Anleihebedarf Deutschlands wird zu nahezu drei Viertel von den Vereinigten Staaten Amerikas gedeckt. Demgegenüber kommt anderen Kreditgebern — vor allem England und Holland — nur eine mäßige Bedeutung zu.

Wie man aus dem oben Dargelegten ersehen kann, spielt das internationale Kapital für den Aufbau der deutschen Wirtschaft eine nicht minder wichtige Rolle als das deutsche Kapital. Deshalb ist auch die Lage der ausländischen Kapitalmärkte für Deutschland von außerordentlich großer Bedeutung. Von dem Stande dieser Märkte hängt nämlich im wesentlichen die Überwindung der deutschen Kapitalkrise ab. Die ausländischen Kapitalmärkte befinden sich nun in einer Lage, die für Deutschland nicht als ungünstig bezeichnet werden kann. Auf den für Deutschland in Betracht kommenden Kapitalmärkten — New York, London, Amsterdam — herrscht eine große Geldflüssigkeit, die sich für jeden von diesen Märkten aus besonderen Ursachen erklären läßt. Man kann aber im allgemeinen einen bedeutenden Rückgang des Zinses auch auf den internationalen Geldmärkten feststellen. Die New Yorker Bundesreserverebank, die am 7. Januar laufenden Jahres den Diskontsatz noch um ½ Prozent auf 4 Prozent erhöht hat, hat bereits am 22. April diese Erhöhung rückgängig gemacht. Der Londoner Diskontsatz steht allerdings seit 3. Dezember 1925 beharrlich auf 5 Prozent, während er im Laufe von 1925 zweimal je um ½ Prozent zurückgesetzt wurde. Über eine Diskontsenkung wird jetzt wieder erwartet, wenn nicht der Kohlenstreik unvorhergesehene Erregnisse zeitigt. Der Amsterdamer Diskontsatz steht schon seit 5. Oktober 1925 auf 3½ Prozent. Aber auch der Privatgins hat in allen drei Geldzentren im Laufe des ersten Halbjahres 1926 eine Abwärtsentwicklung erfahren, die bloß vorübergehend durch die Ende Mai und Ende Juni fälligen Zahlungen aufgehalten wurde.

Die Geldflüssigkeit auf dem New Yorker Geldmarkt, die sich auf die natürlichste Weise durch den kolossalen angekauften Goldreichtum (11,2 Milliarden Reichsmark in den Händen der Bundesreserverebanken) erklärt, setzt sich fort und hat seit Anfang April ihren Ausdruck in einem fast ununterbrochenen Steigen aller Effekten gefunden, wobei die Aktien des Stahltrusts und der General Motor Co. führend waren. Als deutschen Industrieforderungen mit Ausnahme der Siemens-Selbst-Schuldert und der A.-G. Schiffs Werke haben im Laufe des letzten Monats bedeutende Steigerungen erfahren, die z. B. bei den 7prozentigen Rhein-Elbe-Obligations 4,75 Punkte betragen haben (von 95,50 Prozent am 4. Mai auf 101,25 Prozent am 19. Juni). Trotz der Schwächung des Interesses für die europäischen Anleihen streuen sich deutsche Werte großer Popularität, was auch aus der Überzeichnung in der letzten Frist der Anleihe der Vereinigten Stahlwerke (30 Millionen Dollar zu 6½ Prozent) zu ersehen ist. Man kann also annehmen, daß auch in der nächsten Zeit der amerikanische Anleihemarkt für deutsche Papiere wohl aufrechterhalten sein wird.

Was den englischen Geldmarkt anbetrifft, so ist dort ebenfalls eine starke Geldflüssigkeit zu bemerken, die im wesentlichen auf die abklingende Wirtschaftskrise zurückzuführen ist. Eine gewisse Rolle spielt dabei auch der Zustrom von Geld aus Frankreich und Belgien, wo die Inflation und die Angst vor den Steuern eine vorübergehende Erregung haben. Die Ausgabe neuer Wertpapiere hat sich in den letzten Wochen bedeutend vermindert. Die Bewertung des englischen Kapitalmarktes wird aber

noch immer dadurch gekennzeichnet, daß im ersten Halbjahr 1926 die Papierausgabe dieselbe Höhe erreicht hat wie im ersten Halbjahr 1913, nämlich 120,7 Millionen Pfund (wobei natürlich die Goldwertung nicht in Betracht gezogen worden ist). Die Bedeutung des englischen Kapitalmarktes für die ausländischen Anleihen ist aber bedeutend zurückgegangen. Aber auch der englische Markt kann unter gewissen Umständen für deutsche Anleihen in Betracht kommen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die internationalen Kapitalmärkte — besonders der New Yorker Markt — sich in einem Zustande befinden, der für die Aufnahme von deutschen Anleihen als günstig bezeichnet werden kann. Es herrscht zweifelsohne ein Überfluß an internationalem Geldkapital. Es entsteht nun die Frage, warum man diesen Überfluß an brachliegendem Geldkapital nicht planmäßig in die Kanäle der deutschen Wirtschaft lenken kann. Eine Belebung der deutschen Wirtschaft ist ja für die angelsächsischen Reiche an sich ein Vorteil, weil dadurch die Kaufkraft Deutschlands gehoben wird und es als Absatzmarkt eine große Rolle spielen kann. Die Privatwirtschaft versteht es ausgezeichnet, das internationale Finanzkapital für ihre Unternehmungen zu interessieren. Diese Unternehmungen verfolgen aber lediglich kapitalistische Profitzwecke. Warum sollte es nicht gelingen, das selbe Kapital für einen großartigen Aufbau der deutschen Wirtschaft zu interessieren? Deutsche Städte und Länder stehen an Kreditwürdigkeit sicherlich nicht hinter Thyssen und dem Stahltrust zurück. Der Reichstag hat kurz vor den Ferien ein Arbeitsbeschaffungsprogramm angenommen, das nur einen bescheidenen Anfang im Sinne des Wiederaufbaues bedeutet. Mit Hilfe des internationalen Finanzkapitals wäre es durchaus möglich, dieses Programm auszubauen und zu einem Ausgangspunkt einer wirklichen Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft zu machen. Dem stehen allerdings lediglich die Kurzsichtigkeit und der Egoismus der deutschen und der internationalen Finanzmagnaten im Wege.

Dr. G. B. i. e. d. a.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

#### Vertagung der Entscheidung über die Fürstenabfindung.

Die Reichsregierung Marx-Stresemann-Külz hat alles, was sie tun konnte, getan, um den Volksentscheid über die Enteignung der ehemaligen Fürsten zum Scheitern zu bringen. Ihr Versprechen, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Reichstag die Fürstenabfindung in einer Weise regelt, die vom Volke als billig und gerecht empfunden wird, hat viele bürgerliche Wähler abgehalten, sich am Volksentscheid zu beteiligen. Sie sind nun bitter enttäuscht worden. Die Reichsregierung hat ihr Wort nicht gehalten.

Der Regierungsentwurf für ein Gesetz über die Fürstenabfindung entsprach in keiner Weise den berechtigten Forderungen des Volkes. Die Sozialdemokraten haben sich eifrig bemüht, den Entwurf zu verbessern, ihre Änderungsanträge wurden aber fast restlos abgelehnt. Unter diesen Umständen blieb ihnen nichts anderes übrig, als das Gesetz abzulehnen und die Auflösung des Reichstages zu fordern. Da auch die Deutschnationalen nicht für das Gesetz zu haben waren, hatte die Regierung nicht einmal die einfache Mehrheit des Reichstages hinter sich, zur Annahme des Gesetzes war aber eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Reichsregierung, die durch den Reichstanzler feierlich hatte erklären lassen, sie werde die ihr geboten erscheinenden Konsequenzen nicht scheuen, falls sich im Reichstag endgültig die Unmöglichkeit des Zustandekommens eines Abfindungsgesetzes ergeben sollte, hielt auch in diesem Falle ihr Wort nicht. Die Öffentlichkeit hat unter den von Marx angebotenen „Konsequenzen“ nichts anderes als Reichstagsauflösung verstanden. Da die Regierung gegen diese Deutung ihrer Worte keinen Einspruch erhob, mußte man annehmen, daß sie ihre Erklärung auch so verstanden wissen wollte. Das Abfindungsgesetz kam nicht zustande, und der Reichstag wurde nicht aufgelöst. In der vom Reichstanzler im Reichstag abgegebenen Erklärung heißt es, daß das Kabinett einstimmig für die Auflösung gewesen sei, nachdem aber beide Flügelparteien (Sozialdemokraten und Deutschnationale) gegen die Annahme des Gesetzes gestimmt haben, kann eine Auflösung des Reichstages keine Klärung bringen. Bei Friedrich Gottlieb Klopstock heißt es irgendwo: „Verzeiht das Wort, das schlecht ist wie die Sache.“ Es ist eine sehr schlechte Sache, die die Reichsregierung mit schlechten Worten zu bemänteln versucht.

Die Reichsregierung hat sich zur Rechtfertigung ihres Verhaltens auf einen Brief des Reichspräsidenten Hindenburg berufen, in welchem er erklärt, daß er sich zu einer Auflösung des Reichstages aus innen- wie außenpolitischen Gründen zurzeit nicht entschließen könnte, und daß er aus denselben Gründen auch einen Rücktritt der Reichsregierung für untunlich erachte. Böse Zungen behaupten, die Reichsregierung habe sich diesen Brief beschafft, um für die Nichtauflösung ihres feierlich gegebenen Wortes einen billigen Vorwand zu haben. So ganz unwahrscheinlich klingt diese Meldung nicht.

Die Reichsregierung hat ihren Gesetzesentwurf, nachdem festgestellt, daß er keine Mehrheit im Reichstag findet, zurückgezogen. Sie will ihn wieder einbringen, wenn die politische Lage die parlamentarischen Voraussetzungen dafür schafft. Wie das ohne Neuwahl des Reichstages möglich sein soll, bleibt das Geheimnis der Reichsregierung. Eine Verständigung über die Fürstenabfindung in diesem Reichstage ist nur möglich, wenn die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien entweder den Sozialdemokraten oder den Deutschnationalen so weit entgegenkommen, daß die eine oder die andere Partei für das Gesetz stimmen kann. Das halten wir nach Lage der Dinge für ziemlich ausgeschlossen. Die Fürstenabfindung ist nur möglich in einem neuen Reichstag, in einem Reichstag, der gewählt wird unter der Parole: Gegen die Fürsten und Fürstentümte!

#### Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelzölle.

Der Reichstag ist am 2. Juli bis zum 3. November in die Ferien gegangen. Am letzten Sitzungstage wurde bis tief in die Nacht hinein getagt, denn die bürgerlichen Parteien hatten alle Hände voll zu tun, die zum Wohle der

arbeitenden Bevölkerung gestellten Anträge zu verhandeln oder überhaupt ganz abzulehnen. Der Ablehnung verfiel auch der sozialdemokratische Antrag, die heute geltenden Zölle für Getreide, Fleisch und andere Lebensmittel bis Ende 1926 zu verlängern. Mit der Vorgeschichte und Bedeutung dieses Antrages haben wir uns in Nr. 27 der „Solgarbeiter-Zeitung“ ausführlich beschäftigt; wir verweisen auf unsere damaligen Ausführungen.

Die Reichstagsmehrheit hat den deutsch-schwedischen Handelsvertrag angenommen und damit auch die wesentlich höheren Getreide- und Lebensmittelzölle. Diese sollen aber zunächst noch nicht in Kraft treten, bis zum 31. Dezember 1926 gelten die Zölle der ersten Spalte folgender Übersicht:

Warengattung	Zollfuß		Zollfuß im Vertrag mit Schweden
	ab 1. 8. 26	Bisheriger Zollfuß für 1 dz	
Roggen	5	3	6
Weizen	5	3,50	6,50
Malzgerste	5	3	5
Futtergerste	2	1	5
Hafer	5	3	6
Speisebohnen	4	2	—
Erbsen, Linsen	4	1,50	—
Mehl	18,75	8	—
Schweinefleisch	21	21	32
Fleisch von anderen Tieren	37,50	24	37,50
Schweinespied	14	14	20
Butter	27,50	22,5	—
Schmalz	6	6	10

Aus dieser Gegenüberstellung der Zollsätze ist ersichtlich, daß am 1. August eine ganz wesentliche Zollschöpfung eintritt. Die Folge wird sein, daß die Warenpreise erneut und stark steigen. Das ist ja auch der Sinn und Zweck der Zollpolitik. Auf der anderen Seite ruft man nach Preisabbau. Eine verrücktere Wirtschaftspolitik als die des deutschen Bürgertums ist undenkbar!

#### Die Auswanderer nach ihrem Beruf.

Nach einer vorläufigen Zählung sind 1925 insgesamt 62.648 Deutsche über deutsche und fremde Häfen nach überseeischen Ländern ausgewandert. 1924 waren es 58.328. Angaben über den Beruf liegen für 50.183 Auswanderer vor. Diese verteilen sich auf die verschiedenen Berufsgruppen wie folgt:

Berufsgruppe	Auswanderer insgesamt	Selbstständige	Unselbstständige	Angedditig
Landwirtschaft	12.747	573	7.128	5.046
Forstwirtschaft	65	1	32	32
Bergbau	788	1	492	295
Industrie der Steine und Erden	170	1	103	66
Eisen- und Metallindustrie	7.081	123	5.455	2.403
Chemische Industrie	172	3	92	77
Textilindustrie	737	7	473	257
Papierindustrie und Buchdruckgewerbe	437	17	337	83
Lederindustrie	273	16	176	81
Kautschuk- und Korkindustrie	20	—	9	11
Holz- und Schnitzstoffindustrie	1.689	164	919	606
Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie	204	12	107	85
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	2.164	195	1.181	788
Bekleidungsindustrie	1.914	117	1.393	404
Baugewerbe	2.634	201	1.688	745
Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	4	—	3	1
Handelsgewerbe	7.135	433	4.904	1.798
Versicherungswesen	8	2	4	2
Verkehrswesen	1.102	3	653	446
Gastwirtschaftsgewerbe	593	30	412	151
Berwaltung, Heereswesen, Kirche, freie Berufsarten	1.663	—	1.274	389
Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege	820	—	719	101
Häusliche Dienste	6.863	—	6.637	226

Unter den Auswanderern befanden sich demnach 919 Holzarbeiter und 164 Unternehmer aus der Holzindustrie. Dazu kommen noch 606 Familienangehörige. Insgesamt also 1689 Personen.

#### Die Allsteinsche Zeitungsfabrik.

Der Allstein-Verlag in Berlin ist im ganzen Lande bekannt, besonders durch seine „Berliner Illustrierte Zeitung“. Außer dieser gibt der Verlag noch eine Reihe anderer Zeitungen und Zeitschriften heraus, so daß auf ihn die Bezeichnung „Zeitungsfabrik“ durchaus paßt. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer macht über den Verlag folgende interessanten Angaben:

„Im Allsteinschen Verlage erscheinen folgende Blätter: „Bosische Zeitung“, „Berliner Morgenpost“, „Berliner Montagspost“, „B.Z. am Mittag“, „Berliner Allgemeine Zeitung“, „Die Post aus Deutschland“, „Wohnungs-Lauf-Anzeiger“, „Zeitbilder“, „Berliner Illustrierte Zeitung“, „Die Dame“, „Praktische Berlinerin“, „Modenwelt“, „Allsteins Blatt der Hausfrau“, „Uhu“, „Die Koralle“, „Der heitere Fridolin“, „Musik für Alle“, „Der Querschnitt“, „Verkehrstechnik“ und „Bauwelt“. An Räumlichkeiten befinden sich in Benutzung in eigenen Häusern 38.632 Quadratmeter, in fremden Gebäuden 16.655 Quadratmeter. Die Kopfszahl des technischen Personals beläuft sich auf 2.500, des redaktionellen und kaufmännischen auf 2.000 und des Transportpersonals auf 3.500. An Filialen und Agenturen werden unterhalten in Groß-Berlin 75, im Reich 59. Die täglichen Posteingänge belaufen sich auf 6.500, die Postausgänge auf 28.000. Der Telefonbetrieb umfaßt 91 Amtsstellen, 500 Nebenstellen; die Zentrale stellt täglich durchschnittlich 35.000 Verbindungen her. Monatlich werden verdruckt etwa 3 Millionen Kilo Rollenpapier und 65.000 Kilo Farbe. Der Maschinenpark besteht aus 65 Zeitungsrotationsmaschinen beziehungsweise Aggregaten, 59 Illustrationsrotationsmaschinen beziehungsweise Aggregaten, 52 Buchdruckpressen (Nach), 11 Offset-

maschinen, 68 Sechsmaschinen, etwa 600 Buchbinderei- und Stilmaschinen. 85 Automobile und 3 Flugzeuge stellen den Fuhrpark der Firma dar, und in der Kraftstation erzeugen drei Dampfmaschinen und zwei Dieselmotoren 2000 Pferdestärken. Das sind Angaben, die gewiß Respekt einflößen vor dem gewaltigen Umfang des Ullstein-Betriebes, besonders erfreulich aber ist für uns die Tatsache, daß der Grundsatz: Leben und leben lassen, von dieser Großfirma ihrem Personal gegenüber im allgemeinen anerkannt wird."

### Aus dem Verbandsleben.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 20. Wochenbeitrag für die Woche vom 11. Juli bis 17. Juli 1926 fällig geworden.  
Berlin S.O. 16, Am Rillischen Park 2.  
Der Verbandsvorstand.

### Aus der Holzindustrie.

#### Waldbesitzer und polnische Holzeinfuhr.

Zwischen Deutschland und Polen finden gegenwärtig neue Verhandlungen zur Beendigung des Zollkrieges statt. Dieser Wirtschaftskampf dauert schon über ein Jahr, und es ist fraglich, ob die Verhandlungen zu einer baldigen Verständigung führen. Dem Reichsverband der deutschen Waldbesitzerverbände ist an einer schnellen Beendigung des Zollkrieges nichts gelegen, er braucht diesen zur Durchsetzung der heftigsten Einfuhrsperre für polnisches Rundholz. Je näher der Tag der Verständigung mit Polen heranrückt, um so lauter erhebt er seine Forderung. Denn wenn der Zollkrieg beendet ist, hat er seinen Kampf gegen das polnische Holz endgültig verspielt. Das wissen die Waldbesitzer, und daher sehen sie alle Hebel in Bewegung, um so schnell als möglich zum Ziele zu kommen. Die Reichsregierung und vor allem die preussische Regierung werden nach allen Regeln der Kunst bearbeitet. Wir erinnern an die „Denkschrift“ über „die Wirkung der polnischen Holzeinfuhr auf den deutschen Holzmarkt“, an die zahlreichen deutschen nationalen Anträge im preussischen Landtag, in welchen die Einfuhrsperre für polnisches Holz gefordert wird. Und jetzt haben die Deutschnationalen im Reichstag einen Vorstoß unternommen und folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

„Infolge der übermäßigen Einfuhr polnischer Hölzer aller Sorten ist ein großer Teil des deutschen Holzeinfuhrmarktes, besonders in den östlichen Grenzgebieten, unverkäuflich geworden. Durch niedrige Frachttarifen für ausländisches Holz wird diese Holzeinfuhr auch für andere Waldgebiete verhängnisvoll, da das billig durch Deutschland beförderte Holz von ausländischen Grenzplätzen wieder nach Deutschland eingeführt wird. Der bestehende Zollschutz hat in dieser Krisis keine Bedeutung, da er durch die Dumpingmöglichkeiten, die der niedrige Stand der polnischen Valuta bietet, fast wirkungslos wird. Ist die Reichsregierung bereit, Maßregeln zu treffen, um die Überschwemmung des inländischen Marktes mit zollpflichtigem polnischem Holz, soweit es über den Bedarf der inländischen Holzverarbeitenden Industrie hinausgeht, zu unterbinden? Ist sie insbesondere bereit, daß ihre Tarife dem Absatz heimischer und nicht fremder Hölzer zugute kommen?“

Zu gleicher Zeit wandte sich der Reichsverband der deutschen Waldbesitzerverbände mit folgender, auf seiner Königsberger Tagung angenommenen Entschließung an die Reichsregierung:

„Auf die schwere Schädigung der deutschen Waldbesitzer durch die Einfuhr polnisches Rundholzes zu Preisen, mit denen deutsches Holz nicht konkurrieren kann, ist wiederholt eindringlich hingewiesen worden. Die Einbeziehung des Rundholzes in die schon bestehende Einfuhrsperre gegen Polen, die seitens der Waldbesitzer bei der Reichsregierung gefordert wurde, ist bisher noch nicht durchgeführt. Der Reichsverband deutscher Waldbesitzerverbände muß deshalb erneut und nachdrücklich fordern:

Die Reichsregierung möge zum alsbaldigen wirtschaftlichen Schutz der deutschen Waldbesitzer auch die Rundholzsperre unzerzückt Polen gegenüber ausprechen, für die spätere Zeit aber Maßnahmen treffen, die einem Valutadumping Polens und gegebenenfalls auch anderer Länder wirkungsvoll begegnen.“

Was gegen die Waldbesitzerforderung zu sagen ist, haben wir bereits des öfteren und ausführlich dargelegt. Daß die Waldbesitzer bei der Schilderung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse maßlos übertreiben, ist dem Kundigen kein Geheimnis. In ihrer „Denkschrift“ haben sie über die in den östlichen Randgebieten unverkauft lagernden Rundholzmengen eine Rechnung aufgestellt, die wir mit dem berühmten Hergemüllers in Goethes Faust vergleichen haben. Graf Stolberg-Bernigerode, ein bekannter Waldbesitzerführer und volksparteilicher Abgeordneter des preussischen Landtages, denkt über die „Denkschrift“ seines Verbandes nicht viel anders als wir. (Ziel-leicht gibt diese Tatsache der Unternehmerzeitung „Das Holz“ Veranlassung, sich die Zahlen der „Denkschrift“ etwas näher anzusehen; wenn sie diese dann immer noch für „gläubwürdig“ hält, ist ihr beim besten Willen nicht zu helfen). Graf Stolberg-Bernigerode hält die „Polenholzsperre für überflüssig und schädlich“. Aber diese durchaus zutreffende Feststellung sind seine Kollegen ganz aus dem Häuschen geraten. Was sie dagegen zu sagen wissen, ist in keiner Weise stichhaltig. Wir hoffen, daß auch die Reichsregierung das einseht und die Forderung der Waldbesitzer abweist.

Der Reichsverband der deutschen Waldbesitzerverbände fordert zunächst die Einfuhrsperre, und später soll die Holzeinfuhr kontingentiert werden. Auf diese Weise würde es gelingen, das Angebot auf dem deutschen Markt künstlich zu beschränken und, was den Waldbesitzern das wichtigste ist, die Holzpreise künstlich in die Höhe zu treiben. Die Waldbesitzer reden von der Gefahr einer dauernden Holz-inflation aus den östlichen Nachbarstaaten. Wenn der Zollkrieg beendet sei, werde Polen vor allem ungeheure

Mengen Schnittholz auf den deutschen Markt werfen. Dagegen müßte Deutschland sich wehren durch Kontingentierung der Einfuhr. Auch die „Holzindustrie“ hat diese Forderung erhoben. Auf unseren eingehenden Nachweis, daß Polen trotz des Zollkrieges mit Deutschland kein Schnittholz reichend los wird, von einer drohenden „Schnittholz-inflation“ also keine Rede sein könne, antwortete die „Holzindustrie“ mit der weisen Bemerkung, die „Holzarbeiter-Zeitung“ wolle alles besser wissen. Nun haben wir zwar sehr gut gewußt, daß der betreffende Aufsatz nicht aus der Redaktion der „Holzindustrie“ stammt; sein Verfasser ist ein bekannter Syndikus der ostpreussischen Sägewerksindustrie. Dieser Herr hat seinen Irrtum auch bald eingesehen, denn in seinem „Berliner Brief Anfang Mai 1926“ heißt es:

„Eine Überflutung des deutschen Marktes mit billigem polnischem Schnittholz, nach einem etwaigen Zustandekommen des Handelsvertrages, wie sie noch vor einigen Monaten befristet wurde und befristet werden mußte, ist heute nicht mehr zu erwarten. Die Bestände in Polen aus dies-jährigem Einschlag sind überaus gering... Was in Polen noch an Schnittmaterial aus dem vorjährigen Einschlag vorhanden ist, ist, soweit es nicht bereits vor dem Wirtschaftskrieg von deutschen Firmen gekauft und bezahlt war und infolgedessen zur Einfuhr nach Deutschland zugelassen wurde, inzwischen zum großen Teil in Polen selbst zur Verwendung gekommen. Jedenfalls sprechen alle vorliegenden Berichte davon, daß die Bestände aus vorjähriger Holz-ernte in Polen heute nicht mehr groß sind. Unter diesen Umständen ist auch die Gefahr, daß nach Aufheben der in-folge des deutsch-polnischen Zollkrieges verhängten Schnitt-holzsperrre der deutsche Markt durch Hereinströmen des pol-nischen Schnittholzes erschüttert werden könnte, als beseitigt anzusehen. Damit ist ein schwerlastender Alldruck von dem ostdeutschen Holzhandel genommen.“

Wir freuen uns, daß der Verfasser sich von uns hat überzeugen lassen, und daß er seinen Irrtum öffentlich be-kennt. Merkwürdig aber ist, daß die „Holzindustrie“ diesen Aufsatz nicht veröffentlicht hat, so daß ihre Leser noch immer in dem Glauben leben, uns „drohe“ eine „Überflutung mit billigem polnischem Schnittholz“. Alle anderen Unternehmerzeitungen, die den von uns scharf kritisierten Aufsatz des Syndikus der ostpreussischen Säge-werksindustrie gebracht haben, haben auch die Richtig-stellung veröffentlicht. Nur die „Holzindustrie“ macht eine Ausnahme. Das ist höchst merkwürdig; das sieht fast so aus wie eine direkte Unterstützung der Forderungen der Wald-besitzer.

#### Berschmelzungsbestrebungen in der Musikinstrumentenindustrie.

In der Musikinstrumentenindustrie kommt der Großbetrieb immer mehr zur Geltung. Ganz besonders lebhaft ist diese Entwicklung in der Tasteninstrumentenbranche. Im Laufe der letzten Jahre ist eine ganze Reihe von kleinen und mittleren Pianofabriken verschwunden, teils haben sie sich mit anderen zu einem Großbetrieb verschmolzen, oder sie sind von solchen aufgekauft worden. Auch Großbetriebe haben sich zusammengeschlossen, teils freiwillig, teils waren sie aus finanziellen Gründen gezwungen, bei Kapital-trägerischen Unternehmungen Anschluß zu suchen. Diese Entwicklung ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Gegenwärtig beschäftigt die Öffentlichkeit die geplante Verschmelzung der Ludwig Hupfeld A. G. in Leipzig mit der Pianofabrikfabrik Gebr. Zimmermann A. G. in Dresden. Was die beiden großen und weltbekannten Unternehmungen veranlaßt, sich zu ver-melzen, ist noch nicht einwandfrei bekannt. Die Generaldirektion der Gebr. Zimmermann A. G. hat dem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ erklärt, daß sie (die Zimmermann A. G.) die Verschmelzung der beiden Firmen, die allerdings unter finanziellen Gesichtspunkten noch sorgfamer Vorberägung bedarf, durchaus begrüßt. Die Aufnahme von Hupfeld als einer hervorragenden Spezial-fabrik für Einbaueinrichtungen würde für die Zimmermann A. G. die Möglichkeit bieten, ihre ausländische Export-organisation für den Vertrieb von deutschen Apparaten sowie von Klavieren mit Einbau stärker als bisher aus-zunutzen und damit der nordamerikanischen Konkurrenz, die auf diesem Gebiet allmählich ein unbestrittenes Über-gewicht erlangt habe, wirksam zu begegnen.“ Die Hupfeld A. G. hat unseres Wissens zu der geplanten Verschmelzung öffentlich noch keine Stellung genommen, obwohl sie (das lesen wir aus der Zimmermannschen Erklärung heraus) die Anregung zur Fusion der beiden Unternehmungen ge-gaben hat.

Wenn man auch noch auf Vermutungen über die Gründe der geplanten Verschmelzung angewiesen ist, so scheint doch das eine festzustehen, daß finanzielle Schwierigkeiten auf keiner Seite eine Rolle spielen. Soweit uns bekannt ist, sind beide Unternehmungen geschäftlich gesund und auch in bezug auf ihre Erzeugnisse auf der Höhe. Beide Gesell-schaften haben sich in den letzten Jahren wesentlich ver-größert. Die Gebr. Zimmermann A. G. wurde 1895 mit einem Aktienkapital von 250 000 M. in Leipzig-Möllau gegründet. 1905 errichtete sie einen großen Be-trieb in Eilenburg, 1911 einen weiteren in Seif-hennersdorf, 1921 einen weiteren in Dresden-Cotta, und 1925 kaufte sie ein Sägewerk in Land-a a. d. Har. Der Leipziger Betrieb ist inzwischen still-gelegt und das Grundstück verkauft worden. Der Sitz der Gesellschaft ist jetzt Dresden. Ferner unterhält die Firma in vielen deutschen und ausländischen Städten Verkaufsgeschäfte. Das Aktienkapital beträgt zurzeit 2 527 000 M. In der Hochkonjunktur im Frühjahr 1925 beschäftigte das Unternehmen insgesamt etwa 2000 Personen.

Die Ludwig Hupfeld A. G. wurde 1904 mit einem Aktienkapital von 1 500 000 M. gleichfalls in Leipzig gegründet. 1918 erwarb sie die Pianofabrik Carl Köhlich in Dresden. 1920 die Pianofabrik A. S. Grunert in Johannegeorgenstadt (Sachsen) und 1923 die Sted-Pianofabrik A. G. in Göttingen. Über die Auslands-beziehungen der Firma sind wir nicht genau unterrichtet. Nach unserer Kenntnis hat sie Werke in Barcelona (Spanien) und in London (England). Außerdem be-sitzt sie in einer Reihe von Städten des In- und Auslandes

Verkaufsgeschäfte. Das Aktienkapital beträgt zurzeit 8 644 000 M. In der besten Zeit des Vor-jahres beschäftigte die Hupfeld A. G. insgesamt etwa 2000 Personen.

Aus diesen Angaben ist zu erkennen, daß hier ein Unternehmen im Werden ist, wie es kein zweites in der Pianofortindustrie des In- und Auslandes gibt. Wenn die Verschmelzung zustande gekommen ist, werden wir auf die Bedeutung des neuen Unternehmens für die Musik-instrumentenindustrie zurückkommen.

#### Mussolini und Fernbach.

Mussolini ist, wie allgemein bekannt, Ministerpräsident von Italien. Fernbach ist, was weniger bekannt sein dürfte, Verleger und Redakteur des Berliner „Holzmarkt“. Ministerpräsident und „Holzmarkt“-Redakteur und Ver-leger — was haben die beiden miteinander zu tun, daß sie in einem Atemzuge genannt werden können, werden unsere Leser fragen. Es sind, wie wir noch sehen werden, zwei eng verwandte Seelen.

Mussolini ist der Vater und Führer der Faschisten. Ge-stützt auf diese setzte er sich im Oktober 1922 durch einen Putsch an die Spitze der italienischen Regierung. Muss-o-linis Regierungskunst besteht in der bru-talen Unterdrückung seiner Gegner. Wer sich auch nur ein Wort gegen den Faschismus erlaubt, wird misshandelt, sein Hab und Gut verwüstet und ver-brannt. Mussolini schreckt selbst vor Mord nicht zurück. Auf seinen Befehl ist der sozialistische Abgeordnete Matteotti bestialisch ermordet worden. Das ist aber nicht die einzige Mordtat, die er auf dem Gewissen hat. Seine Banden leben von der Brandstiftung des Landes. Seitdem Mussolini herrscht, gibt es in Italien weder eine staatliche noch eine persönliche Freiheit. Das Parlament besteht in seiner Mehrheit aus von Mussolini ernannten Faschisten. Die antifaschistischen Parteien sind aufgelöst, ihre Zeitungen werden unterdrückt und die meisten sind überhaupt ganz verboten. Die Gewerkschaften sind nicht aufgelöst, aber sie dürfen keine Tätigkeit entfalten. Sie stehen unter ständiger Bewachung faschistischer Banden, die zugleich Regierungsorgane sind. Regierung und faschistische Partei sind in Italien ein und dasselbe. Da die Gewerkschaften den Faschismus ablehnen, hat Mussolini ein Ge-setz erlassen, daß die Bildung neuer „Gewerkschaften“ vor-schreibt. Wenn die Faschisten von Gewerkschaften sprechen, meinen sie diese neuen Verbände.

Mussolini gilt in Italien und der ganzen Welt als ein gößen wahrer Mann und ge-meiniglich der Herr. Anfangs gab es hier und da Leute, die ihm zujubelten und als den Mann priesen, auf dem die Welt wartet. Auch in Deutschland gab es solche Krüge. Heute sehen selbst die deutschen Faschisten ein, daß Mussolini nichts anderes ist als ein nährlicher Phrasen-held. Er hat Italien nicht von Sorgen und Not befreit, sondern es vollends ins Elend gestürzt. Dem italienischen Volke und der italienischen Wirtschaft geht es heute schlechter als vor Jahren.

Nur Herr Otto Fernbach, Redakteur und Ver-leger des Berliner „Holzmarkt“, steht treu und fest zu Mussolini. Mussolini ist sein Mann, „denn er hat für sein Land als Diktator in Politik und Wirtschaft allerlei überaus Nützliches geleistet. Das ist in Italien so offensichtlich erkennbar, daß man beim Vergleich früherer und heutiger Zustände staunt, welche Wandlung zum Besseren in diesem Lande in wenigen Jahren eingetreten ist“, schreibt Herr Fernbach am 7. Juli in seinem „Holzmarkt“. Wenn Mussolini das liest (der „Holzmarkt“ ist ihm doch schon ge-hörigst und in tiefer Ehrfurcht zugesandt? Wenn nicht, dann muß es schnellstens geschehen), wird er sich gewiß riesig freuen, besonders darüber, daß es außer ihm noch einen Menschen auf der Erde gibt, der fast genau so ge-dankenlos schwärzen kann wie er selbst.

Wie schlimm es in Italien aussieht, beweist am besten Mussolinis neuestes Diktat, über das der „Holzmarkt“ folgendermaßen berichtet: „Zunächst auf die Dauer eines Jahres ist die Errichtung von Luxusbauten verboten, die Eröffnung von neuen Bars, Cafés, Kommodoreen, Tanz-lokalen wurde bis auf weiteres untersagt; auch die Zeitungen dürfen nur noch höchstens sechs Seiten herausbringen, und dürfen ihr Format natürlich nicht vergrößern, um die Vor-schrift etwa zu umgehen; die Automobilisten dürfen nicht mehr mit reinem Benzol fahren, sondern mit einem ordent-lichen Alkoholzusatz, der in den Tank und nicht etwa in den Bauch zu gießen ist. In allen möglichen Stellen Ersparnisse über Ersparnisse, über deren Auswirkung man immerhin skeptisch sein kann.“ Wenn diese Maßnahmen ein Zeichen tatkräftiger Wirtschaftspolitik sind, dann ist Mussolini mit seiner Regierungswissenschaft bestimmt bald am Ende. Zu solchen Maßnahmen greift nur ein Land, das so tief im Arde steckt, daß es nicht mehr ein und aus weiß. Italien ist soweit, nicht allein trotz, sondern gerade wegen der Mussolini-Diktatur.

Mussolini hat aber noch ein anderes getan. Herr Fern-bach schreibt: „Über der größte Krampf ist: Vom 1. Juli an haben die Arbeitgeber die Be-rechtigung, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern! — Wohl verstanden, die Arbeitgeber sind nicht verpflichtet, ab 1. Juli neun Stunden täglich in ihren Betrieben arbeiten zu lassen, aber die Berechtigung haben sie, und die Arbeiter müssen Order pa-rieren, wenn der Arbeitgeber das fordert, weil der Betrieb flott zu tun hat. Und in Italien muß pariert werden, da kommt niemand durch mit Extrage-schichten, es herrscht eine muster-gültige Disziplin in dem Italien Mussolinis.“

Mussolini hat den Achtstundentag aufgehoben, darum die Schuldigung des Narren in Rom. Fernbach hat den Achtstundentag wie die Pest. Vor nun bald vier Jahren, im Herbst 1922, hoffte er, daß die Reparations-kommission die Deutschen Arbeiter zwingen werde, länger zu arbeiten. Nichts dergleichen geschah. Daß sich in Deutschland jemals eine Regierung findet, die den Acht-stundentag durch einen einzigen Federstrich beseitigt, glaubt Herr Fernbach nicht. Deutschland hat leider nicht einen

einzigsten Staatsmann vom Ausmaße des Herrn Mussolini. Das ist der große Kummer des Herrn Fernbach. Soffentlich geht er nicht noch daran zugrunde. Wie wäre es denn, wenn er „auf ein halbes oder ein ganzes Jahr bei Mussolini in die Lehre gehen würde“ (anstelle der Gewerkschaftssekretäre, denen er einen solchen Vorschlag macht)? Vielleicht kann er dann den deutschen Mussolini machen. Eine gewisse Anlage dazu ist bei ihm „offensichtlich erkennbar“.

Herr Fernbach beschäftigt sich in seinem Mussolini-Artikel auch mit unserm Aufsatz „Internationale Ergebnisse der Einführung des Achtstundentages“ in Nr. 27 der „Holzarbeiter-Zeitung“. Anknüpfend an eine dem Achtstundentag in der Sägewerksindustrie freundliche Äußerung der schwedischen Regierung (Fernbach macht uns den Vorwurf, wir hätten diese Äußerung entstellt wiedergegeben. Er begründet diese Unterstellung damit, daß zwischen dem Achtstundentag und der Anschaffung leistungsfähigerer Maschinen kein Zusammenhang bestehe, was die zitierten Worte aber behaupten. Es ist selbstverständlich, daß wir die betreffende Stelle wörtlich zitiert haben. Wenn Herr Fernbach sie nicht begriff, so ist das nicht unsere Schuld) hatten wir geschrieben: „Vielleicht empfinden die deutschen Sägewerksunternehmer beim Lesen vorstehender Zeilen doch so etwas wie Scham über ihre heutige Einstellung zum Achtstundentag.“ Fernbach meint, die Unternehmer hätten keinen Grund, sich zu schämen, „aber sie haben freilich heute leider auch keinen Anlaß, den Achtstundentag oder noch eine längere Arbeitszeit herbeizuwünschen, denn sie haben ja dank unserer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung heute nicht einmal das Geld und die Möglichkeit, ihren Betrieb auch nur im Rahmen der Ausdehnung eines Achtstundentages zu beschäftigen, einer vollen Belegschaft Arbeit für acht Stunden zu geben“. Also, die Unternehmer haben nicht einmal für acht Stunden Arbeit, trotzdem fordert Fernbach die Verlängerung der Arbeitszeit. „Ist es auch Scllichkeit, hat es doch Methode.“

Ganz einverstanden sind wir mit folgenden Worten Fernbachs: „Wenn sich schon jemand schämen soll, dann ist es vielleicht angebrachter, daß die Leute sich schämen, die die blühende deutsche Wirtschaft in diesen Ohnmachts- und Schwächezustand hineingewirtschaftet haben.“ Wenn Herr Fernbach diese Leute suchen will, dann braucht er nicht in die Ferne zu schweifen. Er braucht sich nur seine Freunde aus der Wirtschaft und der Politik anzusehen, dann auch einen Blick in den Spiegel werfen, und er hat die Leute, die sich auch nach seiner Meinung schämen müssen, weil sie schuld sind an unserem Elend.

**Warnung vor Zuzug nach Bozen.**

Von Verbandskollegen, die gegenwärtig in Bozano (früher Bozen, Tirol) arbeiten, erhalten wir die Mitteilung, daß sie sich in einer Lohnbewegung befinden. Die Unternehmer lehnen die Forderungen ab und versuchen, neue Arbeitskräfte aus Deutschland heranzuziehen. Es handelt sich um Musikinstrumentenarbeiter. Wir bitten die Kollegen, Bozen bis auf weiteres zu meiden.

**Gewerkschaftliches.**

**Weltwanderungskongreß.**

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und die Sozialistische Arbeiterinternationale (S.A.I.) veranstalteten vom 20. bis 25. Juni in London einen Weltwanderungskongreß. Anwesend waren 120 Delegierte aus Australien, Belgien, Britisch-Indien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Georgien, Großbritannien, Holland, Italien, Jugoslawien, Kanada, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Österreich, Kasachstan, Polen, Rußland, Spanien, Schweden, Tschechoslowakei und Ungarn. Von den Internationalen Berufssekretariaten waren vertreten: Bauarbeiter, Bergarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Diamantarbeiter, Hotel-, Restaurant- und Caféangestellte, Holzarbeiter, Landarbeiter, Lebensmittelarbeiter, Lithographen, Maler, Öffentliche Dienste und Betriebe, Seglarbeiter und Transportarbeiter.

Der Weltwanderungskongreß nahm zu der Frage der Ein- und Auswanderung wie folgt Stellung:

„Die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung ist auf eine stark steigende Zunahme der Produktivkräfte gerichtet, die sich auswirkt in einem Rückgang der Zahl von Arbeitskräften, um ein bestimmtes Quantum von Gebrauchsgütern zu erzeugen.“

Mit dieser Steigerung der Produktion hat die Erweiterung des Absatzmarktes nicht gleichen Schritt gehalten. Die Folge ist ein Überfluß von Arbeitskräften, eine Arbeitslosigkeit im erschreckenden Ausmaß, die insbesondere in Europa, das unter den Nachwirkungen des Krieges schwer zu leiden hat, auch ebendam hochentwickelte Industriezweige getroffen hat.

Unter dieser ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes ist der Drang der Arbeiter, nach Ländern mit relativ besserer Wirtschaftslage auszuwandern, im Zunehmen begriffen.

Ein weiterer Anreiz zur Abwanderung besteht in der schon immer vorhandenen Neigung der Arbeiter aus Ländern mit niedriger in solche mit höherer Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu gelangen; sei es, um dort vorübergehend oder dauernd Aufenthalt zu nehmen.

Auch aus Gebieten mit starker Überbevölkerung bei schwacher wirtschaftlicher Entwicklung fließt ständig ein Strom von Auswanderern, und schließlich sind auch politische Unterdrückungen der Arbeiterschaft ein sich immer wiederholender Anlaß zur Auswanderung.

Das Drängen einer überstarkten Zahl von Arbeitern nach noch aufnahmefähigen Ländern mit besseren Wirtschaftsbedingungen kann in gewissen Fällen eine Gefahr für die Arbeiterklasse dieser Staaten werden, weil nicht mit Unrecht eine Herabdrückung des Lohnniveaus und der sonstigen Lebensbedingungen einheimischer Arbeiter befürchtet werden kann.

Der Kongreß sieht in der gegenwärtig besonders starken Tendenz der Auswanderung aus Staaten mit ungünstiger Wirtschaftslage kein wirksames und dauerndes Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise, er betrachtet die Auswanderung vielmehr als eine Erscheinung, die naturnotwendig aus der kapitalistischen Entwicklung hervorgeht.

Die Unfähigkeit des herrschenden kapitalistischen Systems, eine Lösung der Weltwirtschaftskrise herbeizuführen, zeigt sich klar in dem von seinen Vertretern gemachten Vorschlägen, die in ihrer Auswirkung vielfach nur zu einer Verschärfung der Krise führen.

Der Kongreß gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß es Pflicht jeder Regierung ist, im Interesse der Förderung des internationalen Friedens, der internationalen Verständigung und der Wahrung der Interessen der Auswanderer und der Arbeiter in den Einwanderungsländern die Lösung der Wanderungsprobleme anzustreben.

Der Kongreß beauftragt ferner den IGB und die S.A.I. eine gemeinsame Kommission einzusetzen, um die mit der Wanderungsfrage verbundenen wirtschaftlichen, sozialen, nationalen und Rassenfaktoren weiterzustudieren und die Resultate einem künftigen Kongreß zu unterbreiten.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß in jedem Lande ein staatliches Wanderungsamt errichtet werden soll, in dem die gewerkschaftlichen Organisationen eine angemessene Vertretung haben sollen. Überdies soll ein internationales Wanderungsamt, ebenfalls mit angemessener Vertretung der Gewerkschaften, im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes geschaffen werden, um: 1. Internationale Abkommen und Empfehlungen über das Wanderungswesen zu formulieren; 2. ausführliche und zuverlässige Auskünfte bezüglich der Wanderung zu erteilen.

Der Kongreß empfiehlt dem IGB, alle nötigen Vorkehrungen zu treffen, um die Organisation der einwandernden Arbeiter zu fördern.

Im Hinblick auf die gewerkschaftliche Organisation empfiehlt der Kongreß ferner: 1. daß von den dem IGB angeschlossenen Landeszentralen und den Internationalen Berufssekretariaten internationale Anordnungen für die sofortige und reibungslose Überführung der einwandernden Arbeiter von den Organisationen ihres Herkunftslandes in die kompetenten Verbände des Einwanderungslandes getroffen werden; 2. daß die Gewerkschaftszentralen durch Propaganda aller Art die Organisation der einwandernden Arbeiter in den Gewerkschaften fördern unter der Bedingung, daß ausländische Arbeiter nur mit der Zustimmung der Landeszentralen in besonderen Sektionen organisiert werden, und 3. daß die Gewerkschaftszentralen sich bemühen sollen, in Bezug auf gewerkschaftliche Leistungen jeder Art den eingewanderten Mitgliedern eine gleiche Behandlung zuzusichern.

**Nieder mit den Gewerkschaften!**

Jwan Kask, vor wenigen Wochen noch ein „großer Führer des revolutionären Proletariats“, heute aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er nicht mehr so tanzen will, wie in Moskau gepiffen wird, hat einen eigenen Laden angemacht. Die Hugenbergsche Telegraphen-Union verbreitet folgende Meldung:

„Der Reichstagsabgeordnete Jwan Kask bittet uns um Verbreitung folgender Meldung: Die Allgemeine Arbeiterunion (Einheitsorganisation), der Industrieverband für das Bergbau- und die Opposition der kommunistischen Partei Deutschlands (Linke K.P.D.) haben sich zu einem Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen zusammengeschlossen. Der Spartakusbund knüpft an das alte Spartakusprogramm Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs an, will die Loslösung des internationalen Proletariats von der Moskauer Staatspolitik, bekämpft den Parlamentarismus und die Amsterdamer (freien) Gewerkschaften.“

Die Berliner „rote Fahne“ nennt den Kask einen „lächerlichen Prahlhans“ und einen „Ganswurf“. Vielleicht hat sie damit gar nicht so unrecht (wir haben nicht das zweifel-

hafte Vergnügen, Herrn Jwan Kask persönlich zu kennen, und haben infolgedessen auch kein Urteil über ihn), aber höchst merkwürdig ist doch, daß die Kommunisten die Minderwertigkeit und Bedeutungslosigkeit des Herrn Kask erst jetzt entdecken. Wenn er heute ein „Prahlhans“ und „Ganswurf“ ist, kann er gestern doch unmöglich der „große Führer des revolutionären Proletariats“ gewesen sein, als der er gefeiert wurde. Über das ist eine Sache, die uns nicht weiter interessiert. Wir nehmen von der Gründung des „Spartakusbundes linkskommunistischer Organisationen“ lediglich deshalb Notiz, weil er den Kampf gegen die Gewerkschaften auf seine Fahne schreibt. Daß die Leute um Kask es damit ernst meinen, sieht außer Zweifel. Sie werden aber ebenso scheitern wie ihre Vorgänger. Wo diese Helden auftauchen, gehört ihnen eins auf die Finger.

**Verbandstag der Schuhmacher.**

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt seinen 21. Verbandstag in den Tagen vom 21. bis 25. Juni in Frankfurt am Main ab. Das Schuhmachergewerbe leidet mit am stärksten unter der großen Arbeitslosigkeit. Von den Verbandsmitgliedern waren Mitte Juni 32 Prozent völlig arbeitslos und 37 Prozent Kurzarbeiter. Die Schuhfabrikanten betrachten die Krise als wertvollen Bundesgenossen im Kampf gegen die Arbeiter. In einer Entschließung wird das Vorgehen der Unternehmer entschieden verurteilt. Eine andere Entschließung beschäftigt sich mit dem Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes. Dieser wird für unzulänglich erklärt, „da er die für die Arbeitsgerichte erforderliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber den ordentlichen Gerichten nicht gewährleistet. Insbesondere lehnt der Verbandstag das im Regierungsentwurf enthaltene Richtermonopol bei der Bestellung der Vorsitzenden entschieden ab. Desgleichen dürfen Rechtsanwälte bei den Arbeitsgerichten nicht zugelassen werden.“ Zur Frage des Industrieverbandes wurden die früheren Verbandstagsbeschlüsse, die sich für den Zusammenschluß aussprechen, bestätigt. Beschlossen wurde, eine Studienkommission nach Amerika zu entsenden. Auch nach Rußland soll eine solche entsandt werden, „sofern die Voraussetzungen einer unparteiischen Einsichtnahme in die russischen Verhältnisse gegeben sind“. Damit die erwerbslosen Mitglieder die enge Verbindung mit dem Verband nicht verlieren, wurde beschlossen, daß die ausgescheiterten Erwerbslosen wöchentlich einen Sozialbeitrag von 10 Pf. zu zahlen haben. Ob dieser Beschluß die erhoffte Wirkung hat, bleibt abzuwarten.

**Literarisches.**

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

**Industrielle Kartellprobleme der Gegenwart.** Ein Überblick von S. v. Beckerath, Professor an der Universität Bonn. Seit 18 der Schriften der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung. Verlag Gersbach u. Sohn, Berlin W. 35. Preis 1,25 Mk. — Federaths Schrift dient der Verdeutlichung der Kartelle. Diese Feststellung ist kein Vorwurf. Kartelle können die wirtschaftliche Entwicklung fördern, sie können aber auch ein starker Hemmnis sein. Auf die heutigen Kartelle trifft das letztere zu. Nach Beckerath wird durch die Kartelle die Konkurrenz nur reguliert, nicht aufgehoben. Er wird aber doch zugeben müssen, daß diese „Regulierung“ vielfach praktisch nichts anderes ist als völlige Aufhebung der Konkurrenz. Gegen diese Tätigkeit ist ein gesetzliches Eingreifen notwendig. Wir stimmen dem Verfasser aber zu, daß die Wege zu einer wirksamen Preislenkung nicht über die Festschreibung der Kartelle führen, sondern über die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches.

**Einführung in die Sozialpolitik.** Von Dr. Bruno Bauer. 123 Seiten. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W. 35. Preis 2,50 Mk. — Das Buch ist eine vorzügliche Einführung in das Wesen und die Geschichte der Sozialpolitik. Es gehört in die Hand eines jeden, der über die Sozialpolitik schreiben oder reden will.

**Die Einheit der Arbeiterklasse.** Bericht über das Organisationsproblem, erhalten der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom Sekretariat der S. A. I. 16 Seiten. Verlag S. H. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68. Preis 40 Pf. — Das Schriftchen enthält die kommunistische Heuchelei von der Einheitsfront.

**Sans Otto Jensen: Thron und Altar ohne Schminke.** Vergessene Geschichten und Geschichten von Königen, Fürsten und Märrchen. Mit zeitgenössischen Illustrationen (162 Seiten). Freidenker-Verlag G. m. b. H., Leipzig-Lindenau, Köbner Straße 15. Kartoniert 1,50 Mk., in 56 Bänden gebunden 2 Mk.

**Knocke. Eine Schulhumoreske von Adolf Hoffmann.** Selbstverlag des Verfassers, Berlin D. 17, Kopenstraße 6, U. Preis 50 Pf. und 5 Pf. Porto. Bei Sammelbestellungen billiger. — Das Schriftchen dient zur Auffklärung über die Wirklichkeit der neuen, modernen Schule. Hoffmanns Schilderungen werden wirkungsvoll unterstützt durch originelle Zeichnungen von Willi Steinert. Das Schriftchen ist, worauf ausdrücklich hingewiesen wird, nur durch den Verlag des Verfassers zu beziehen.

**Urania, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre.** mit den ständigen Beiliegern „Soziales Wandern“, „Der Leib“ und den vierteljährlich beigegebenen Buchbeigaben. — Das neue Urania-Heft (Nr. 10) erscheint in erweitertem Umfang und ist der schönen Stadt Wien gewidmet. Wien hat eine sozialdemokratische Mehrheit, was diese für die Bevölkerung geschaffen hat, wird von Dr. Otto Neurath ausführlich geschildert. Andere, zum Teil reich illustrierte Artikel behandeln die Landschaft um Wien, Österreich als das Land der Hochtouristik usw. Die „Urania“ kostet vierteljährlich 1,60 Mk. bzw. 2,25 Mk., je nachdem die Buchbeigabe broschüriert oder gebunden gewünscht wird.

**Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler usw., Hamburg.**  
 Gesamteinnahme im Juni ..... 33 194,55 Mk.  
 Gesamtausgabe im Juni ..... 13 486,54

Ergibt Mehreinnahme 19 708,01 Mk.  
 Achtung! Bezüglich der Verschmelzungsfrage sind zwei Rundschreiben verfaßt (in einer Sendung). Ortsverwaltungen, die solche nicht erhalten, wollen sich gefl. melden.  
 S. A. A. S. u. T., Hauptkassierer.

**Tischlerzweck**  
 Anfertigung als Meister, Techniker u. Lehrnachrichtl. Programm geg. Päckchen.  
**Kollegen!**  
 In jeder gewünschten Auslieferung, Normalmaß 2 m lang, mit Eisenringen, Blatt und Untergerüst, aus 4 tragender Rohrinne 58 Mk. Bestellen: Berlin, Friedrichs-Forum, Schöneberg, G. H. H. Abteilung Fabrik für Holzverarbeitung, Ullrichs-Str. 1.  
**Stuhlrechtrolle!**  
 Beste, erprobte Qualität.  
 Preis normal 2,25 Mk. 4,50 Mk.  
 Preis mit 10 Prozent Rabatt  
 V. A. der Deutschen Tischlermeister

**Bleistifte und Maßstäbe**  
 kauft nur im eigenen Geschäft  
 Bei Bedarf wendet euch an die Verwaltungsstelle  
 Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO. 16  
**Verbandsmitglieder! Schließt zur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge**  
 Gewerkschafts-Gewerkschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft  
 Hamburg 5.

**DAS BÜRGERHEIM**  
 Neuzzeitliche Wohnungseinrichtungen in einfacher und reicher Ausstattung. Herausgegeben vom Verband Sächsischer Tischlermeister  
 48 Tafeln im Format 28x37 cm, darunter vier Perspektiven in feinstem Farbendruck. Enthaltend:  
 Betten-, Wohn-, Speise-, Schlafräume und KÜCHEN.  
 Preis 10 Mark.  
 Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

**Das Feinste!**  
 Satz zu 10 Bohrer: 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22 u. 24 mm, pro Satz 9 Mk. fr. Nachn. Alfort Wüster, Cronenberg (Rhd.). la Referenzen von Kollegen!  
**Engl. Bildhauer-Werkzeuge**  
 Verlangen Sie sofort neue Preise. Tischler-Werkzeug-Neuheiten. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.  
**Fachschule**  
 für Wagen- u. Karosseriebau, Cöthen. Ausb. z. Meister, Techniker usw. — Kastenmacherkurse. Progr. g. Rückp.  
**Hobelbänke**  
 la Qualität, Bitt, beste ged. Roth, Eisensp., sämfl. Größ., 2 m lg., 85 Mk., Karl Ramisch, Pirna, Gartenstr. 4.  
**Geim- u. Furnieröfen**  
 fertig, als Spezialität (Prosp. gratis) Gebr. Bettinger, Freiburg i. B. I.  
**Hobelbänke,**  
 200 cm Blattlänge, 40 cm Breite, 10 cm Stärke, mit deutschen Zangen und Stahlspindel, 4 Bankhakenbüchsern in der Hinterholz, Blatt u. Gestell aus trock. Buchenholz, à 95 Mk., einschl. Verpack. frei jed. Station. Prospekte von Werkzeugen geg. 20 Pf. Briefn.  
 M. Walther, Abt. Werkzeugfabrik, Dresden 22, Rehefelder Str. 53.